

© Neue Luzerner Zeitung; 14.03.2014; Seite 25 |  SMD schweizer mediendatenbank

Faksimile

Neue Luzerner Zeitung Luzern

## Auch Luzerner Muslime wollen «Landeskirche» werden

*Anerkennung · Muslime verlangen nach öffentlich-rechtlicher Anerkennung. Dafür wollen sie bei der Luzerner Regierung anklopfen.*

Islamische Gemeinschaften sollen von den Kantonen öffentlich-rechtlich anerkannt werden – analog der drei christlichen Landeskirchen. Gestützt wird dieses Anliegen durch ein Rechtsgutachten der Universität Luzern, wonach die Kriterien dafür gegeben sind (Ausgabe von gestern). Das Begehren nach Anerkennung hegen auch die Muslime im Kanton Luzern. «Die öffentlich-rechtliche Anerkennung ist nach wie vor ein grosses Ziel von uns», sagt Petrit Alimi, ehemaliger Vizepräsident und heutiger Berater der Islamischen Gemeinschaft Luzern (IGL). Die Organisation vertritt die gesellschaftlichen Interessen der muslimischen Gemeinschaft im Kanton und hat mit der Luzerner Regierung bereits 2003 erste Gespräche geführt.

### Gesetzesentwurf ist versandet

2009, nachdem in Luzern die Anerkennung anderer Religionsgemeinschaften mit der Verfassungsrevision explizit möglich wurde, versprach der damalige Regierungsrat Anton Schwingruber, bis 2011 eine dazu nötige Gesetzesgrundlage in Angriff zu nehmen. Darin sollten die Bedingungen geregelt werden, welche die religiöse Gemeinschaft zu erfüllen hat, um öffentlich-rechtlich anerkannt zu werden. Doch geschehen ist bis heute nichts.

### Dämpfer wegen Minarett-Initiative

«Das Gesetz wurde bis dato nicht ausgearbeitet», sagt Alimi. Die Gespräche mit der Regierung seien nach Schwingrubers Abgang nicht weitergeführt worden – auch auf eigenen Wunsch der Islamischen Gemeinschaft. «Nach der Annahme der Anti-Minarett-Initiative wollten wir nicht zusätzlich Öl ins Feuer giessen.» Die IGL wolle eine mögliche öffentlich-rechtliche Anerkennung langsam angehen. Ziel der IGL sei es, 2015 die Gespräche mit der Luzerner Regierung wieder aufzunehmen. Das Anliegen habe er im vergangenen Jahr an einem «interreligiösen Anlass» auch Regierungsrat Reto Wyss mitgeteilt. Dieser war gestern für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Doch warum wollen die Muslime – die derzeit rund fünf Prozent der schweizerischen Bevölkerung ausmachen und im Kanton Luzern sechs Moscheen haben – öffentlich-rechtlich anerkannt werden? Alimi sagt: «Wir wollen weg von Hinterhofmoscheen und professionelle Strukturen schaffen.» Die islamischen Gemeinschaften im Kanton Luzern würden den Dialog mit der Öffentlichkeit suchen. «Wir verschliessen uns nicht und sind gewillt, uns weiterhin in die Religionsvielfalt der Schweiz zu integrieren und zu einem friedlichen Zusammenleben beizutragen.» Die öffentlich-rechtliche Anerkennung würde eine Chance sein, besser an der Gesellschaft teilzuhaben. Alimi sagt: «Wir alle tragen die Verantwortung, in Frieden zu leben und für den Frieden zu arbeiten.»

Unterstützung bekommt die IGL von den Landeskirchen im Kanton. In einem gemeinsamen Statement teilen die römisch-katholische Landeskirche und die Christkatholische Kirchgemeinde

Luzern mit: «Die christlichen Landeskirchen freuen sich, wenn weitere Religionsgemeinschaften bereit sind, sich nach unseren demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen zu organisieren.» Und Stefan Sägesser, Beauftragter Öffentlichkeitsarbeit der Reformierten Kirche des Kantons Luzern, sagt: «Wir sind zusammen mit der katholischen und christkatholischen Landeskirche seit längerem in einem Austausch mit den Vertretern der IGL und haben unsere Unterstützung in der Sache zugesichert.» Es sei aber Aufgabe des Kantons, die rechtlichen Voraussetzungen für die Anerkennung weiterer Religionsgemeinschaften zu schaffen und die Kriterien dafür festzulegen.

### **Wer vertritt die Muslime?**

Sägesser weist auch darauf hin, dass die IGL sich zuerst noch besser organisieren müsse. «Heute sind nur etwa zehn Prozent der muslimischen Bevölkerung Mitglieder einer muslimischen Gemeinschaft oder direkt in der IGL.» Dass sich durch die IGL längst nicht alle Luzerner Muslime vertreten fühlen, bestätigt auch Martin Baumann, Professor für Religionswissenschaften an der Universität Luzern. Er sagt: «Um öffentlich-rechtlich anerkannt zu werden, müssen muslimische Gemeinschaften sich gemeinsam organisieren.» In Luzern habe man mit der IGL zwar bereits solche Strukturen geschaffen. Die Frage stelle sich aber, inwiefern man damit alle Muslime im Kanton vertrete. «Viele Muslime orientieren sich in erster Linie an ihren Moscheen, die sich sprachlich und kulturell stark voneinander unterscheiden.»

### **«Nicht vorpreschen»**

Islamische Gemeinschaften sollen aber nicht nur gemeinsame Strukturen untereinander finden, sondern auch Partner ausserhalb ihrer Gruppierung als Unterstützer und Fürsprecher suchen, so Baumann. «Kontakte zu Behörden, Parteien und anderen Institutionen zu pflegen ist daher wichtig.» Dies auch, um Verständnis in der breiteren Bevölkerung zu schaffen. «Derzeit ist es für die muslimische Gemeinschaft aber sicherlich politisch klug, nicht vorzupreschen und die sofortige öffentlich-rechtliche Anerkennung einzufordern.» Soziale Anerkennung sei derzeit wichtiger als rechtliche Anerkennung.

### **Christian Hodel**

christian.hodel@luzernerzeitung.ch

**«Wir wollten nicht zusätzlich Öl ins Feuer giessen.»**

**Petrit Alimi, Islamische Gemeinschaft Luzern**